

Frühlingsblüenträume

Die Ergebnisse des ersten Parlamentswahlgangs in Ägypten Ende November zeigen, daß Frauen in den Ländern des »Arabischen Frühlings« nicht viel Gutes zu erwarten haben.
Von Annika Müller

Die Schlangen vor den Wahllokalen in Kairo, Alexandria und sieben weiteren ägyptischen Provinzen waren zwar lang, aber meist zweigeteilt: Frauen und Männer standen getrennt an, um bei der ersten freien Wahl ihre Stimme abzugeben – ein Hinweis darauf, was dabei herauskommen würde.

»Die Frauen wurden in den vergangenen Monaten bereits systematisch um ihre Rechte gebracht. Ich fürchte, daß dies so weitergeht«, warnt Maya Morsy von UN Women Egypt, der Frauenorganisation der Vereinten Nationen, angesichts des guten Abschneidens islamisch geprägter Parteien im ersten Parlamentswahlgang. Zwar werden Endergebnisse der Wahl frühestens im Januar 2012 feststehen, da wegen der Größe des 80-Millionen-Einwohner-Landes in drei Phasen gewählt wird. Doch die Tendenz ist eindeutig: Die aus der Muslimbruderschaft hervorgegangene »Partei der Freiheit und Gerechtigkeit« erreichte über 40 Prozent, die »Partei des Lichts« der Salafisten in manchen Provinzen bis zu 30 Prozent der Stimmen. Die von linken und liberalen Parteien gebildete Ägyptische Allianz lag in den meisten Bezirken auf dem dritten Platz. Während die Muslimbrüder sich für einen säkularen Staat aussprechen, treten die Salafisten für eine strenge Anwendung der islamischen Gesetze ein. Beide sehen für die Frauen eine untergeordnete Rolle vor.

»70 Jahre lang habe ich auf diese Revolution gewartet«, sagt die 80jährige Ärztin und Publizistin Nawal el Saadawi über die Proteste im Januar 2011, »und dann war alles nach 18 Tagen wieder vorbei.« Die Koryphäe der ägyptischen Frauenbewegung wertete bereits die Präsenz der Islamisten im Verfassungskomitee als schweren Rückschlag für die Frauenbewegung. Daß sie nun auch den Shura-Rat, der Parlament und zweite Kammer vereint, dominieren werden, hält sie für eine Katastrophe. El Saadawi weiß, wovon sie spricht, wenn sie im radikalen Islam eine Gefahr sieht. Sie hat sich weder unter dem Sadat-Regime noch unter Mubarak von Publikationsverbot oder Haftstrafen beirren lassen. Erst die Morddrohungen der islamistischen Fanatiker brachten sie dazu, ins Exil zu flüchten.

El Saadawis eigene Partei, die »Union der Frauen Ägyptens«, die in den vergangenen Jahrzehnten verboten war und sich kurz vor der Wahl neu konstituierte, ging in der Vielfalt der neuen Parteien (über 500 Listen) unter. Die seit Mubaraks Sturz vergangenen neun Monate waren für die neuen politischen Kräfte zu kurz,

um ihre Programme und Kandidaten bekanntzumachen. Die Muslimbrüder hingegen sind den meisten Ägyptern durch jahrzehntelange wohltätige Arbeit, Lebensmittelspenden für die Ärmsten, ihre Moscheen, Waisenhäuser und Schulen bekannt.

Ob El Saadawi mit ihren Warnungen recht behält, muß sich noch zeigen. Die ursprünglich aus einer Terrororganisation hervorgegangenen Muslimbrüder hoben sich im Vorfeld der Wahlen deutlich von den radikaleren Salafisten ab und schickten viele Kandidatinnen ins Feld. Vor allem die jüngeren Mitglieder, die mit der Revolte Anfang des Jahres sympathisieren, wollen eine Öffnung der Partei. Wer sich jedoch die Mühe macht, das auch auf englisch veröffentlichte Parteiprogramm zu studieren, wird dort äußerst konservative Ansichten finden: Da heißt es beispielsweise, die Partei bemühe sich darum, »gemäß dem islamischen Gesetz eine Balance zwischen den Pflichten der Frau und ihren Rechten zu finden«. Sie habe »vollen Respekt vor Frauen als Müttern, Ehefrauen und Erzieherinnen von Männern«.

Dafür haben die Frauen auf dem Tahrir-Platz ihr Leben aber wohl kaum riskiert. »Wir demonstrierten nicht nur für Demokratie, sondern auch für die Gleichberechtigung von Mann und Frau«, schreibt die ägyptische Aktivistin und Schriftstellerin Jumanah Younis auf ihrem Blog. Als die Diktatur zu wanken begann, sahen die ägyptischen Frauen neben dem politischen auch einen gesellschaftlichen Wandel zum Greifen nahe. Doch die Euphorie verebbte schnell, und die in der ägyptischen Gesellschaft tief verwurzelte Frauenfeindlichkeit brach sich wieder Bahn.

Die starke Beteiligung der Frauen am Aufstand gegen das Mubarak-Regime wurde von ausländischen Beobachtern und selbst von Ägyptern mit Erstaunen wahrgenommen, lag Ägypten doch im Jahr 2010 laut dem World Economic Forum in punkto Chancengleichheit von Frauen und Männern noch auf dem 125. Platz von 134 Ländern. 42 Prozent der Ägypterinnen sind Analphabetinnen, in ländlichen Gebieten sind bis zu 90 Prozent der Ägypterinnen beschnitten. Dennoch sind insbesondere in den Städten viele Frauen berufstätig und auch in Führungspositionen zu finden.

»Mubarak hat sich bemüht, nach außen fortschrittlich zu wirken. Daher ebnete er einigen Vorzeigefrauen den Weg ins Parlament, in die Universitäten und in staatliche Unternehmen«, erklärt Maya Morsy. Die große Mehrheit

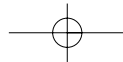
der Frauen habe allerdings überhaupt keinen Zugang zum Arbeitsmarkt gehabt und sei von der Rechtsprechung systematisch benachteiligt worden. Mit Mubaraks Sturz, so war zu hoffen, würden endlich auch die reaktionären Zuschreibungen der Geschlechterrollen verschwinden. Doch kaum war der Diktator abgetreten, stellten konservative Kräfte und die Militärjunta den Status quo ante wieder her.

Für Jumanah Younis war der 8. März »der Moment des Erwachens aus einem kurzen Traum«. Eine Versammlung anlässlich des Internationalen Frauentags wurde auf dem Tahrir-Platz von einer Gegendemonstration brutal angegriffen. »Es war schockierend, geschlagen, beschimpft und bespuckt zu werden, während die Polizei- und Militäreinheiten, die unsere Demonstration beschützen sollten, untätig zusahen«, berichtet Younis. Beteiligt gewesen seien auch Männer, die kurz zuvor Seite an Seite mit den Frauen für Demokratie auf die Straße gegangen waren.

Die vom Militär an den Demonstrantinnen durchgeführten Jungferntests und Übergriffe auf ausländische Journalistinnen haben international für Empörung gesorgt. Die Organisation »Reporter ohne Grenzen« warnte sogar davor, weibliche Berichterstatte nach Ägypten zu senden. Weniger aufsehenerregend, doch in ihrer Summe umso erschütternder, sind die Schilderungen alltäglicher Diskriminierung, die auf privaten Blogbeiträgen oder in sozialen Netzwerken publiziert werden. Da findet sich unter anderem das Beispiel einer Studentin, die vor wenigen Wochen eine Vergewaltigung zur Anzeige bringen wollte und von der Polizei mit der Bemerkung weggeschickt wurde, sie spiele sich auf wie eine Diplomategattin.

Sexuelle und häusliche Gewalt wurde in Ägypten bislang als Privatangelegenheit betrachtet. »Sie wurde erst zum Thema, als ausländische Medien darüber berichteten, was ihren Korrespondentinnen widerfuhr«, so Maya Morsy. »Dies hat viele Ägypterinnen dazu ermutigt, die Dinge öffentlich zu benennen und zu handeln.« Ein Beispiel ist »Harrass Map«, eine Internetplattform der ehemaligen Projektkoordinatorin des Ägyptischen Zentrums für Frauenrechte, Engy Ghazlan, auf der Übergriffe zeitnah per SMS oder Twitter gemeldet werden. Häufen sie sich in einem bestimmten Stadtgebiet, so macht sich ein freiwilliges Team auf, um vor Ort Aufklärungsarbeit zu leisten. Läßt man sich auf der »Harrass-Map«-Homepage die Meldungen für November 2011 anzeigen, so erscheint ein mit roten Punkten gespickter Stadtplan von Kairo.

Die Diskriminierung, die die Frauen im Alltag erfahren, setzt sich auf politischer Ebene fort: In das vom Militärrat beauftragte Verfassungskomitee wurde keine einzige Frau berufen. Auch das Wahlrecht beinhaltet eine systematische Benachteiligung: Da ist zum einen die noch aus »sozialistischen« Zeiten stammende Vorschrift, das Parlament zur Hälfte mit Arbeitern und Bauern zu besetzen, einer Gruppe also, die traditionell aus Männern besteht. Zum anderen müssen Parteien zu Wahlen nur eine ein-



zige Kandidatin auf ihre Liste setzen. »Meist an die letzte Stelle. Und das wird uns als Fortschritt verkauft«, empört sich Maya Morsy. Ihre Organisation, UN Women Egypt, hat eine verbindliche Quote von 50 Prozent weiblicher Kandidaten gefordert.

Auch die vorab festgelegten Verfassungsleitlinien, mit denen sich die Generäle ihre bisherige Macht sichern wollen, stellen die Frauen schlechter, als dies die Gesetzgebung unter Mubarak getan hat. Die erst 2010 auf internationalen Druck eingeführte Frauenquote im Parlament – von vielen Frauenrechtlerinnen als Feigenblatt bezeichnet – wurde sofort wieder abgeschafft. In den vergangenen Monaten wurden unter anderem aus dem konservativen Flügel

reichte sie seit 2008 fünf Millionen Hörerinnen. 2010 wurde sie mit dem BMW Young Leaders Award ausgezeichnet, und die Deutsche Welle Ägypten übernahm die Inhalte des Internetsenders. Nicht einmal dem autokratischen Mubarak-Regime gelang es, die von der studierten Informatikerin programmierte Webseite zu sperren.

Doch nun steht El Tunsis Radio kurz vor dem Aus. Während der Gerichtsverhandlung gegen Mubarak wurden sie und ihre Kolleginnen brutal angegriffen und ihr Equipment beschlagnahmt. Die 28jährige, die bei der Attacke einige Zähne verlor, macht dafür radikalislamische Gruppen verantwortlich, denen selbstbewusste Frauen ein Dorn im Auge seien. Vor allem

ben will, hat vor den Wahlen für erneute Proteste gesorgt, bei denen 43 Menschen ums Leben kamen und rund 3.000 verletzt wurden.

Zur Zeit wird darüber spekuliert, ob der Militärrat auch die Regierungsneubildung und die Formulierung der Verfassung selbst übernehmen wird, anstatt diese Aufgaben an die gewählte Regierung abzugeben, wie die Muslimbrüder nach der Wahl forderten. Egal aber, ob die demokratisch gewählten Parteien oder der Militärrat die Oberhand behält, eine Gruppe wird in jedem Fall verlieren: die Frauen.

Dabei wäre auch eine islamisch geprägte neue Regierung zur Einhaltung der internationalen Konventionen verpflichtet. Ägypten hat unter anderem die Resolution 1325 des UN-Si-

»Moment des Erwachens«: Demonstration gegen die Militärregierung, Tahrir-Platz/Kairo, November 2011



der Muslimbrüder heraus Stimmen laut, die auch eine Revision des Personenstandsgesetzes fordern. Seit dem Jahr 2000 ist es Frauen unter bestimmten Bedingungen erlaubt, die Scheidung einzureichen. »Die kleinen Fortschritte für mehr Gleichberechtigung im Erb- und Familienrecht, für die Strafverfolgung bei Genitalverstümmelung und sexueller Gewalt, die wir unter Mubarak machen konnten, stehen nun auf dem Spiel«, klagt Morsy.

Kaum eine ägyptische Frau habe allerdings von ihren Rechten gewußt, erklärt Amani el Tunsy, Gründerin des Radiosenders Banatwi Bass, zu deutsch »Nur für Mädchen«. Nun, da die Ägypterinnen selbstbewußter werden und politische Teilhabe fordern, wird die Repression durch die konservativen Kräfte stärker. El Tunsy bekommt dies persönlich zu spüren. Mit ihren 25 Mitarbeiterinnen bei Banatwi Bass er-

für Frauen sei es in der unklaren politischen Situation gefährlich, sich öffentlich zu betätigen, so El Tunsy.

Auch El Saadawi darf nach wie vor nicht in Ägypten publizieren. Sie hatte bereits direkt nach dem Sturz Mubaraks erklärt, der Kopf des Regimes sei zwar abgeschlagen, der Körper aber existiere in Form des Militärs weiter. Schließlich, so erinnert sie sich, seien auch Sadat und Mubarak hochrangige Offiziere gewesen: »In vielen Bereichen gab es seither weder personelle noch strukturelle Änderungen, auch nicht in den staatlichen Medien«, betont sie. Die Repression des Militärs sei nun noch schlimmer als unter Mubarak. Amnesty International schätzt die Zahl der Festnahmen in den vergangenen neun Monaten auf über 12.000. Daß der Militärrat erst im Sommer nächsten Jahres die Macht an einen neuen Präsidenten abge-

cherheitsrats mit dem Kurztitel »Frauen, Frieden, Sicherheit« unterzeichnet. »Dies bedeutet, daß Ägypten verpflichtet ist, Frauen an allen politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen«, erklärt Maya Morsy. Frauen müßten daher in allen politischen Ausschüssen, in Lokal- und Bezirksregierungen sowie nationalen Ministerien und dem Verfassungskomitee angemessen repräsentiert sein. Eine Vorstellung, die nicht sehr realistisch ist.

Deswegen wird jedenfalls der Aufstand der Frauen in Ägypten weitergehen. »Die Frauen haben in diesem unglaublichen Jahr 2011 gelernt, wie politische Teilhabe aussehen kann«, sagt Maya Morsy. »Sie werden nun nicht kampflös auf ihre Rechte verzichten.«

Annika Müller ist freie Journalistin und lebt in Katalonien

